

Eisenstadt, am 7. 8. 2018

An den

Präsidenten des Burgenländischen Landtages

Christian Illedits

Landhaus

7000 Eisenstadt

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter

betreffend **„Sicherung der Finanzierung von Kindergärten“**

Nach Angaben der zuständigen Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend will der Bund den Bundesländern künftig 30 Millionen Euro weniger für Ausbau und Sicherung der Kindergarteninfrastrukturen zur Verfügung stellen.

Begründet wird dies politisch damit, dass die die Kindergarteneinrichtungen österreichweit in den letzten Jahren sehr gut ausgebaut worden wären, weshalb eine Reduktion der Mittel nur konsequent sei.

Fakt ist, dass der Bund mit den Ländern, neben einer 15a-Vereinbarung zum Kindergartenausbau, auch zwei weitere 15a-Vereinbarungen, nämlich zum Gratis-Kindergartenjahr und zur sprachlichen Frühförderung, unterzeichnet hat. Diese Vereinbarungen sollen nun ebenfalls zusammengeführt werden.

Fakt ist aber auch, dass mit dem Gratis-Kindergartenjahr, mit der Frühförderung sowie mit der Notwendigkeit, längere und flexiblere Öffnungszeiten anzubieten, der Finanzbedarf der Kindergärten ständig steigt. Dies umso mehr, als von Seiten des Bundes auch geplant ist, nunmehr neue Zielquoten einzuführen, beispielsweise, dass die Betreuungsquote pro Bundesland und Jahr um zwei Prozentpunkte angehoben wird. Zudem fordert der Bund einen gezielten Ausbau der Plätze für Unter-Dreijährige.

Eine Kürzung der Mittel von Seiten des Bundes bei gleichzeitiger, laufender Anhebung der Anforderungen an diese Bildungs- und Betreuungseinrichtungen geht zu Lasten der Länder und Gemeinden.

Es ist darüber hinaus darauf hinzuweisen, dass die Bevölkerung im Burgenland in den letzten 15 Jahren um mehr als 10.000 Personen gewachsen ist. Im Österreich-Vergleich ist beispielsweise der Anteil der Vorschüler mit 2% (im Vergleich zu durchschnittlich 10%) noch sehr gering. Es ist also zu erwarten, dass die Anforderungen und die Nachfrage nach qualifizierten vorschulischer Kinderbetreuung weiter steigen werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtags folgenden Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der 15a-Verhandlungen mit dem Bund dafür einzusetzen, dass die Finanzierung der Kindergärten durch den Bund de facto nicht gekürzt wird sondern im Gegenteil den laufenden steigenden Anforderungen entsprechend erhöht wird.“

Manfred Kölly eh.

Gerhard Hutter eh.